Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt . Der Oberbürgermeister . 99111 Erfurt

Fraktion Mehrwertstadt Frau Rötsch im Hause

Drucksache 1390/21; Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO, Rechtsextremismus in Er-Journal-Nr.: furt; öffentlich

Sehr geehrte Frau Rötsch,

Erfurt,

zunächst bitte ich Sie darum, die verspätete Antwort auf Ihre Anfrage zu entschuldigen und beantworte diese nun wie folgt:

1. In einem Facebook-Eintrag auf der offiziellen Seite der Landeshauptstadt vom 01.08.2020, wird der "fremdenfeindliche Überfall" zu Recht scharf verurteilt. Wie kommen Sie jedoch zu der Einschätzung, dass es sich um einen fremdenfeindlichen und nicht um einen rassistischen Überfall handelt?

Der Begriff "rassistisch" wäre in dem Statement zu schwach gewesen. Drei aus Guinea stammende Personen wurden von zwölf Rechten attackiert, eine Person wurde dabei schwer verletzt (so die Erkenntnis zu diesem Zeitpunkt). Rassismus ist eine ideologische Haltung, von der nichtzwingend Gewalt oder Aggressivität ausgehen muss. Eine "Rasse" erhebt sich auf Grund äußerlicher Merkmale oder Herkunft über eine andere. Fremdenfeindlichkeit hingegen, die eine Erscheinungsform von Nationalismus, Rassismus oder Regionalismus ist, geht immer mit Aggressivität einher. Aggressiv werden Menschen aus einem anderen Kulturareal abgelehnt. Der Angriff war fremdenfeindlich (wenn die Polizei nicht einen anderen Anlass ermittelt), nicht nur rassistisch.

2. In der Thüringer Allgemeine vom 03.08.2020 werden Worte von Herrn Horn wie folgt wiedergegeben: "Die Stadtverwaltung werde alles daran setzen, um in Erfurt Süd-Ost rechtsextremistischen Tendenzen den Nährboden zu entziehen.". Was sind bei diesem ambitionierten Vorhaben die konkreten inhaltlichen und zeitlichen Pläne?

Seit vielen Jahren unterstützt die Stadtverwaltung Erfurt Maßnahmen vor Ort. Mit der Zwangsräumung der rechtsextremen Szene aus dem ehemaligen Herrenberg-Center ist zwar die lokale Verortung des Vereinslebens nicht mehr vorhanden, jedoch wohnen die bisherigen Akteure der rechtsextremen Szene weiterhin im Wohngebiet.

Seite 1 von 2

In der Stadtteilkonferenz mit ihrer AG Werte und Haltung wird die Situation regelmäßig besprochen und gemeinsame Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure abgestimmt. Hierbei gibt es Unterstützung durch das Projekt der Partnerschaft für Demokratie der Landeshauptstadt Erfurt sowie von Mobit. Über das Projekt der Partnerschaft für Demokratie der Landeshauptstadt Erfurt werden Klein- und Großprojekte gegen Ausgrenzung und für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit unterstützt.

Der Oberbürgermeister lud am 28.09.2020 Vertreterinnen und Vertreter der Stadtteilkonferenz zu einem Auftaktgespräch ein. Hier wurde insbesondere das Sicherheitsgefühl der Bürger angesprochen. Eine stärkere Polizeipräsenz wurde erwartet und die Ausleuchtung im Stadtteil sollte verbessert werden. Die Gespräche sollen weitergeführt werden.

Zur Verbesserung der Ausleuchtung fanden Rundgänge statt, aus denen bereits erste Maßnahmen begonnen wurden. So wurden die Schaltzeiten von Straßenbeleuchtungen bereits angepasst und bauliche Maßnahmen für weitere Lampen in Auftrag gegeben.

Das Objekt Tungerstraße 1, der ehemalige Veranstaltungsort der rechten Szene, wurde mittlerweile von der Stadt angemietet und es erfolgen derzeit Umbaumaßnahmen für die Nutzung als Jugendhaus, da das Objekt des Jugendhauses Drosselberg in den nächsten Jahren einer Innensanierung unterzogen wird. Auch der Family-Club wird in Ausweichobjekte umziehen, um die Innensanierung zu ermöglichen. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Familien im Stadtteil zu sichern.

3. In der Stadt Erfurt gibt es den "Bürgertisch für Demokratie" und hier wiederum eine Untergruppe, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus in Erfurt beschäftigen soll. Wann hat der Bürgertisch für Demokratie das letzte Mal getagt (bitte die letzten fünf Termine angeben) und bei welchen dieser Termine ging es um das Thema Rechtsextremismus in Erfurt?

Nach Informationen von Vertreter/-innen des Bürgertischs für Demokratie fanden bisher keine weiteren Beratungen statt. Als inhaltlichen Schwerpunkt wird seitens der Vertreter/-innen die Mitwirkung im Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie gesehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bürgertisch für Demokratie von Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Erfurt ins Leben gerufen und organisiert wurde. Die Stadtverwaltung hat hier keine koordinierenden Aufgaben bzw. Aufträge.

Mit freundlichen Grüßen

A. Bausewein